

## Ideologische Verirrung

Wenn Israel als Apartheidstaat verzeichnet wird – Zu einer Erklärung des Ökumenischen Rates der Kirchen und einer aktuellen Debatte

Über die Haltung zu Israel ist auch in der christlichen Welt eine heftige Debatte entbrannt. Der Ökumenische Rat der Kirchen hat Ende Juni Israel wegen seiner Politik gegenüber den Palästinensern scharf verurteilt und eine Erklärung veröffentlicht unter dem Titel: „Ein Aufruf zur Beendigung von Apartheid, Besatzung und Straflosigkeit in Palästina und Israel“. Mehrfach taucht im Dokument der Begriff der „Apartheid“ auf. Es wird sogar von einem „System der Apartheid“ gesprochen. – Das ist in vielfacher Weise gänzlich unverantwortlich. *Die Verwendung des Apartheidbegriffs im Blick auf Israel ist nicht nur ein etymologischer Fehlgriff, sondern eine ideologische Verirrung.* Er öffnet einem als „Antiisraelismus“ getarnten Antisemitismus Tür und Tor. Zwar verwahrt sich der ÖRK „gegen jede Form von Rassismus“, erwähnt in seiner Darstellung der Lage in Nahost aber mit keinem Wort den beispiellosen Terrorangriff der Hamas vom 7. Oktober 2023, die immer noch andauernde Geiselnahme oder das konstitutionell verankerte Ziel des Iran, Israel zu vernichten. Das ist nicht nur ignorant. Es ist brandgefährlich.

### Dankbar für klare Reaktionen aus der EKD

Zunächst bin ich dankbar für die kirchlichen Reaktionen in Deutschland. In wünschenswerter Klarheit hat der Württemberger Landesbischof Ernst-Wilhelm Gohl Anfang Juli widersprochen: „Mit der Behauptung, Israel sei ein Apartheidstaat, macht sich der Zentralausschuss des ÖRK einen politischen Kampfbegriff zu eigen, der sachlich falsch ist und in der aufgeheizten Debatte um den Weg zum Frieden im Nahen Osten nur zur weiteren Polarisierung führt.“ Treffend ist seine Begründung: „Der Begriff der Apartheid stammt aus Südafrika. Er war dort bis 1994 Ausdruck für ein gewalttätiges System rassistischer Diskriminierung. Aufgrund dieses besonderen historischen Kontextes und seines alle Lebensbezüge betreffenden Rassismus ist er nicht auf Israel übertragbar.“ – Ganz bemerkenswert ist, dass sich auch die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) in einer eigenen Stellungnahme deutlich von der Erklärung des ÖRK distanziert hat.

### Unterscheiden: zwischen jüdischem Volk und israelischem Regierungshandeln

Zugleich sind an die Netanjahu-Regierung kritische Fragen zu stellen: Das Leiden in Gaza schreit zum Himmel. Auch wenn die Hamas gezielt das Leid der eigenen Bevölkerung nicht nur in Kauf nimmt, sondern durch den Einsatz von Zivilisten als menschliche Schutzschilde gezielt provoziert und auf zynische Weise inszeniert – die israelische Regierung trägt eine Mitverantwortung. Auch Gewalttaten durch israelische Siedler im Westjordanland sind inakzeptabel. Es ist in der Tat zu unterscheiden zwischen dem jüdischen Volk und einer jeweiligen israelischen Regierung, wie es die ÖRK-Erklärung andeutet. Wer beides gleichsetzt, verliert den Blick für Recht und Unrecht, übrigens auch für biblische Unterscheidungen. Schon im Alten Testament werden die Könige Israels von Propheten scharf kritisiert, wenn sie Recht und Gerechtigkeit mit Füßen treten. Kritik an israelischer Politik ist also nicht nur möglich, sondern dort, wo sie sachlich begründet ist, auch geboten. Gerade wer sich mit Israel solidarisiert, sollte diese Differenzierung im Blick behalten.

## **Empörungsmodus führt zu „Antisemitismus eigener Art“**

Doch der Verweis auf diese notwendige Unterscheidung erscheint fast kleinlich angesichts des großspurigen Auftretens des ÖRK: Er fordert zu „gezielte(n) Sanktionen, Desinvestitionen und Waffenembargos“ auf. Das erinnert an Boykottaufrufe in Geschichte und Gegenwart. Israel wird nicht nur kritisiert, sondern droht dämonisiert zu werden. Der Aufruf des ÖRK sagt selbst, im Modus von „tiefer Trauer und Empörung“ verfasst worden zu sein. Es ist aber gerade der Empörungsmodus, der pauschalen Vereinfachungen und populistischen Parolen Tür und Tor öffnet. So wird auf subtile Weise – von vielen Beteiligten gewiss nicht intendiert – ein „Antisemitismus eigener Art“ zumindest befördert: mit moralischer Emphase und dem Etikett vermeintlich völkerrechtlicher Redlichkeit. Eben darin liegt die Gefahr.

### **Fakten ausgeblendet: mehr als fahrlässig**

Das Urteil des ÖRK ist nur möglich unter Ausblendung einer ganzen Reihe von Tatsachen:

- dass Israel die einzige Demokratie und der einzige Rechtsstaat im Nahen Osten ist,
- dass Israel in seiner Existenz massiv bedroht wird und immense Kräfte zu seiner Selbstverteidigung aufbringen muss,
- dass Israel durch jahrzehntelangen Terror zutiefst verwundet ist und es kaum eine Familie gibt, die nicht vom mörderischen Überfall des 7. Oktober betroffen ist,
- dass die permanente Bedrohung die mentale Verfasstheit der Menschen in Israel zutiefst prägt,
- dass es weltweit einen wachsenden Antisemitismus gibt, der sich aus rechten, linken und islamistischen Quellen speist.

Wer in einem solchen Umfeld seine Empörung erklärt und dabei allenfalls die halbe Wahrheit benennt, handelt nicht nur fahrlässig, sondern betreibt ideologische Brandstiftung.

### **Auftreten! – Angriffe auch auf arabische Christen**

Pinchas Goldschmidt, der Präsident der Europäischen Rabbinerkonferenz, fordert die EKD auf, den Weltkirchenrat zu verlassen. Nun sind hier Lutheraner, Reformierte, Methodisten, Baptisten, Orthodoxe und Anglikaner aus 120 Ländern versammelt, die über eine halbe Milliarde Christen vertreten. Die Forderung von jüdischer Seite hat Gewicht und ist ernst zu nehmen. Mit einem Austritt wäre allerdings wenig gewonnen. „Besser auftreten als austreten“, sollte daher die Devise insbesondere für Kirchen aus Deutschland lauten. Dieses Auftreten kann nur in einem Eintreten für Israel, das jüdische Volk und alle Menschen bestehen, die im Nahen Osten leben. Zu ihnen gehören ausdrücklich auch Palästinenser und nicht zuletzt arabische Christen. Auch sie fordern eindringlich, dass Recht nicht gebeugt werden darf. Zutiefst besorgniserregend sind etwa ganz aktuell die Berichte von Kirchen in Taybeh im Westjordanland, die die systematischen Angriffe extremistischer Siedler beklagen: gegen Menschen, Wohnhäuser, Olivenhaine, sogar eine örtliche Kirche. Auch ihre Stimme ist zu hören; auch mit ihnen sind wir verbunden. – Immer geht es um das Recht. Immer um Menschen. So stehen wir als Christen an der Seite Israels.

Präses Steffen Kern

Evangelischer Gnadauer Gemeinschaftsverband e.V., Kassel, 14. Juli 2025